

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Abbildungsverzeichnis	23
Abkürzungsverzeichnis	25
Einleitung: Transnationale Soziale Dialoge und Antidiskriminierung	29
Teil A: Formwandel von Staatlichkeit und fünf Formen transnationaler Sozialer Dialoge	35
1. Kapitel: Erosion des nationalen DRIS und Bedeutungsgewinn transnationaler SD-Regulierung	35
1.1 Das „Goldene Zeitalter“ des nationalen DRIS im Arbeitsrecht	35
1.2 Wirtschaftliche Globalisierung	37
1.3 Formwandel von Staatlichkeit hin zu transnationaler arbeitsrechtlicher Regulierung	38
1.4 Verantwortungsübernahme für DRIS-Aufgaben durch transnationale Soziale Dialoge	40
1.5 Regulierungsinteressen der Sozialpartner zur Antidiskriminierung	41
1.6 Potential privat-öffentlicher transnationaler Regulierung	42
1.7 Strukturelle Verfasstheit der fünf SD-Formen	46
1.8 Meinungsstreit zum SD und Lücken im Forschungsstand	47
1.9 Ansatz eines hybriden transnationalen Arbeitsrechts	48
2. Kapitel: Ungleiche Chancen am Arbeitsmarkt in Krisenzeiten	51
2.1 Anhaltende Geschlechterdifferenzen	51
2.2 Ausschluss junger Menschen vom Arbeitsmarkt	52
2.3 Weitere Prekarisierungstendenzen – Teilzeit, befristete Beschäftigung, Leiharbeit	53
2.4 Ungenügende berufliche Teilhabe behinderter Menschen und Älterer	54

2.5	Einsparungen in der Gleichstellungspolitik und Zunahme von Diskriminierungen	55
2.6	Aktueller Bedarf für eine effektive transnationale Regulierung	56
3.	Kapitel: EU-sozialverfassungsrechtliche Ziele zur Antidiskriminierung	57
3.1	Gemeinsamer Bestand arbeitsbezogener Verfassungsnormen der EU-Mitgliedstaaten	57
3.2	Eine arbeitsbezogene EU-Sozialverfassung	61
3.3	Arbeitsrechtlicher Diskriminierungsschutz als Teil einer EU-Sozialverfassung	74
4.	Kapitel: Rechtliche Rahmenbedingungen der fünf Dialogformen	99
4.1	EBR – Gründungsvereinbarungen – hohe Regulierungsdichte	99
4.2	SDe nach AEUV – Nähe und Ferne zu Staatlichkeit	102
4.3	Substantielle EBR-Vereinbarungen – Selbstregulierung im unsicheren „Schatten“ der EBR-RL	109
4.4	Mischformen – ungeklärte Rechtslage und staatlicher Regulierungsanreiz	113
4.5	TCAAs – geringe staatliche Nähe	113
4.6	Unterschiedliche Durchsetzungschancen	114
Teil B:		
Empirische Analyse und sozialstaatliche Bewertung von Outcomes und Reaktionen		117
1.	Kapitel: Ziele der Studie, Hypothesen	117
1.1	Forschungsziele und -fragen	117
1.2	Hypothesendarlegung und -begründung	118
2.	Kapitel: Methodisches Vorgehen	123
2.1	Vorbemerkung: Effektivitätsanalyse	123
2.2	Rechtsempirische Dokumentenanalyse	124
2.3	Expert/inn/eninterviews	134
2.4	Fallstudien	139
2.5	Diffusionsanalyse	142
2.6	Rechtliche Beurteilung der Outcomes und Reaktionen	148
2.7	Zusammenfassung	149

3. Kapitel: Outcomes	150
3.1 Allgemeine Übersicht über die SD-Leistungen	150
3.2 EBR-Gründungsvereinbarungen	153
3.3 Soziale Dialoge nach Art. 154/ 155 AEUV	168
3.4 Substantielle EBR-Vereinbarungen – geringe Regelungsaktivität	186
3.5 Mischformen – Normkonkretisierung und Durchsetzungsschwächen	190
3.6 TCAs – normsetzende Kraft und innovative Regelungen	194
3.7 Fazit	212
4. Kapitel: Ergebnisse der Expert/inn/eninterviews	214
4.1 Zunehmende transnationale SD-Regulierung	214
4.2 Von SDen übernommene Regelungsaufgaben	215
4.3 Erfüllung und Verfehlung sozialstaatlicher Ziele	218
4.4 Durchsetzungsprobleme und effektivierende Faktoren	219
4.5 Sozialstaatliche Leistungsfähigkeit Sozialer Dialoge	221
5. Kapitel: Ergebnisse der Fallstudien	226
5.1 Fall A – gewerkschaftliche Netzwerke und engagierte Akteure	226
5.2 Fall B – nationaler „shadow of the law“ und gemeinwohlorientierte Akteure	232
5.3 Fall C – Imageeffekte und förderliche staatliche Unterstützung	238
5.4 Zusammenfassende hypothesenbezogene Bewertung	245
6. Kapitel: Wirksame Diffusionsleistungen?	248
6.1 EBR-Gründungsvereinbarungen – mittlerer Verbreitungsgrad	248
6.2 Durch Ratsbeschluss umgesetzte SD-Vereinbarungen – sozialstaatsgemäße Reaktionen	251
6.3 Autonom umgesetzte SD-Vereinbarungen – vereinzelte Diffusionsergebnisse	253
6.4 Verbreitung des sektorübergreifenden SD-Aktionsrahmens zur Geschlechtergleichstellung	256
6.5 Mischformen und TCAs – geringe Diffusionswirkung	259
6.6 Fazit: Unterschiedliche Diffusionsleistungen der SD-Formen	261
6.7 Hypothesenbezogene Bewertung	263

7. Kapitel: Diversität und Inklusion durch transnationale Soziale Dialoge? – Ansatzpunkte und Lücken	265
7.1 Menschenwürdegerechter Schutz vor Diskriminierung und Belästigung	265
7.2 Sozialer Schutz vor Benachteiligung wegen familiärer Pflichten	266
7.3 Solidarität und Verantwortung gegenüber diskriminierten Gruppen	267
7.4 Ansatzpunkte im Bereich der Demokratie	278
7.5 Hinreichende Implementationsvorkehrungen?	280
8. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse	283
8.1 Übernahme von Regelungsfunktionen zur Antidiskriminierung durch SDe	283
8.2 Wahrgenommene Regelungsaufgaben	284
8.3 Differierende Leistungen der SD-Formen	284
8.4 Durchsetzungsschwächen staatsferner SD-Regulierung	285
8.5 Sozialstaatliche SD-Leistungskapazität und rechtspolitische Perspektiven	286
Teil C: Schlussfolgerungen	291
1. Ambivalenter Leistungs- und Wirksamkeitwandel	291
2. Notwendigkeit hybrider transnationaler Regulierung	292
3. Rechtspolitische Überlegungen zu einem rechtlichen Rahmen	293
3.1 EBR-Gründungsvereinbarungen	294
3.2 Soziale Dialoge nach Art. 154/ 155 AEUV	298
3.3 Substantielle EBR-Vereinbarungen, Mischformen und TCAs	312
4. Fazit und Ausblick	321
Anhänge	325
Anhang 1: Einstufung als Outcome und als Implementationsvorkehrung in der Dokumentenanalyse – Textbeispiele	325
Anhang 2: Übersicht Expert/inn/eninterviews	328
Anhang 3: Übersicht Expert/inn/eninterviews Fallstudien	330
Anhang 4: Leitfäden für Interviews	331
Anhang 5: Vorlage für einen Interviewbericht	334

Anhang 6: Internetrecherche im Rahmen der Diffusionsanalyse	335
Literaturverzeichnis	339
Quellenverzeichnis der Diffusionsergebnisse	360

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abbildungsverzeichnis	23
Abkürzungsverzeichnis	25
Einleitung: Transnationale Soziale Dialoge und Antidiskriminierung	29
Teil A: Formwandel von Staatlichkeit und fünf Formen transnationaler Sozialer Dialoge	35
1. Kapitel: Erosion des nationalen DRIS und Bedeutungsgewinn transnationaler SD-Regulierung	35
1.1 Das „Goldene Zeitalter“ des nationalen DRIS im Arbeitsrecht	35
1.2 Wirtschaftliche Globalisierung	37
1.3 Formwandel von Staatlichkeit hin zu transnationaler arbeitsrechtlicher Regulierung	38
1.4 Verantwortungsübernahme für DRIS-Aufgaben durch transnationale Soziale Dialoge	40
1.5 Regulierungsinteressen der Sozialpartner zur Antidiskriminierung	41
1.6 Potential privat-öffentlicher transnationaler Regulierung	42
1.6.1 Staatliche Nähe und Ferne grenzüberschreitender Normgebung zur Nichtdiskriminierung	42
1.6.2 Schwächen von rein staatlicher und rein privater Regulierung	43
1.7 Strukturelle Verfasstheit der fünf SD-Formen	46
1.8 Meinungsstreit zum SD und Lücken im Forschungsstand	47
1.9 Ansatz eines hybriden transnationalen Arbeitsrechts	48
2. Kapitel: Ungleiche Chancen am Arbeitsmarkt in Krisenzeiten	51
2.1 Anhaltende Geschlechterdifferenzen	51
2.1.1 Unzureichende berufliche Partizipation von Frauen	51

2.1.2	Entgeltlücke und Unterrepräsentanz in Führungspositionen	52
2.2	Ausschluss junger Menschen vom Arbeitsmarkt	52
2.3	Weitere Prekarisierungstendenzen – Teilzeit, befristete Beschäftigung, Leiharbeit	53
2.4	Ungenügende berufliche Teilhabe behinderter Menschen und Älterer	54
2.5	Einsparungen in der Gleichstellungspolitik und Zunahme von Diskriminierungen	55
2.6	Aktueller Bedarf für eine effektive transnationale Regulierung	56
3.	Kapitel: EU-sozialverfassungsrechtliche Ziele zur Antidiskriminierung	57
3.1	Gemeinsamer Bestand arbeitsbezogener Verfassungsnormen der EU-Mitgliedstaaten	57
3.1.1	Varianz europäischer Sozialstaatsmodelle	57
3.1.2	Gemeinsame Entwicklungslinien: von der „sozialen Frage“ des 19. Jahrhunderts bis heute	58
3.2	Eine arbeitsbezogene EU-Sozialverfassung	61
3.2.1	Herausbildung einer Sozialverfassung im europäischen Mehrebenensystem	61
3.2.2	Rechtsquellen einer arbeitsbezogenen europäischen Sozialverfassung	64
3.2.3	Ein Grundprinzip sozialstaatlicher Verfasstheit	66
3.2.4	Menschenwürde, Demokratie und Solidarität als Grundwerte	67
3.2.4.1	Menschenwürde	68
3.2.4.2	Demokratie	69
3.2.4.3	Solidarität	73
3.3	Arbeitsrechtlicher Diskriminierungsschutz als Teil einer EU-Sozialverfassung	74
3.3.1	Dynamische Rechtsentwicklung	74
3.3.2	Im Spannungsfeld zwischen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen	76
3.3.3	Menschenwürde als Ausgangspunkt	78
3.3.3.1	Grundlage arbeitsbezogener Diskriminierungsverbote	79
3.3.3.2	Schutz vor Belästigung	80
3.3.3.3	Anerkennung von Vielfalt und soziale Inklusion	81
3.3.3.4	Selbstbestimmung durch gleichberechtigte berufliche Teilhabe	82
3.3.4	Sozialer Schutz	84

3.3.4.1	Proaktiver Ansatz des europäischen Schutzes vor Diskriminierung	84
3.3.4.2	Materielle Gleichheit	85
3.3.4.3	Geschlechtergerechte Vereinbarkeit und soziale Sicherheit	89
3.3.5	Solidarität und Verantwortung	89
3.3.5.1	Vielfalt als Ausgangspunkt von Solidarität	89
3.3.5.2	Soziale Verantwortung staatlicher und nicht-staatlicher Akteure	91
3.3.5.3	Berufliche Teilhabe älterer und beeinträchtigter Menschen	92
3.3.5.4	Verantwortung für arbeitsmarktferne Gruppen	94
3.3.6	Demokratie	95
3.3.6.1	Gleichberechtigte Entscheidungsteilhabe	95
3.3.6.2	Partizipation und Kontrolle der Gemeinwohlverträglichkeit von kollektiver Selbstregulierung	96
4.	Kapitel: Rechtliche Rahmenbedingungen der fünf Dialogformen	99
4.1	EBR – Gründungsvereinbarungen – hohe Regulierungsdichte	99
4.1.1	Entwicklungsdynamik	99
4.1.2	Vereinbarungsautonomie und zwingende staatliche Auffanglösung	100
4.1.3	Horizontale Subsidiarität und „bargaining in the shadow of the law“	101
4.2	SDe nach AEUV – Nähe und Ferne zu Staatlichkeit	102
4.2.1	EU-Rahmen nach Art. 154/ 155 AEUV	102
4.2.2	Durch Ratsbeschluss umgesetzte SD-Vereinbarungen	103
4.2.2.1	Bedeutungszunahme des Implementationsmodus	103
4.2.2.2	Durchführung gemäß Art. 155 Abs. 2 S. 1 Alt. 2 AEUV	104
4.2.2.3	Anschluss an zwingendes Recht und Lücken im „shadow of the law“	105
4.2.3	Autonomer Implementationsmodus	107
4.2.3.1	Umstrittene Rechtswirkungen	107
4.2.3.2	Unsichere staatliche Anbindung	108
4.3	Substantielle EBR-Vereinbarungen – Selbstregulierung im unsicheren „Schatten“ der EBR-RL	109
4.3.1	Unsichere supranationale Rechtsgrundlage	109

4.3.2	Unklare Kontrahierungs- und Durchsetzungsbedingungen	111
4.3.3	Ausstrahlung des „shadow of the law“	112
4.4	Mischformen – ungeklärte Rechtslage und staatlicher Regulierungsanreiz	113
4.5	TCAs – geringe staatliche Nähe	113
4.5.1	Bedeutungsaufschwung	113
4.5.2	Keine spezielle Rechtsgrundlage und ungewisse Rechtswirkungen	114
4.6	Unterschiedliche Durchsetzungschancen	114

Teil B:

Empirische Analyse und sozialstaatliche Bewertung von Outcomes und Reaktionen	117
--	-----

1. Kapitel: Ziele der Studie, Hypothesen	117
---	-----

1.1	Forschungsziele und -fragen	117
1.2	Hypothesendarlegung und -begründung	118

2. Kapitel: Methodisches Vorgehen	123
--	-----

2.1	Vorbemerkung: Effektivitätsanalyse	123
2.2	Rechtsempirische Dokumentenanalyse	124
2.2.1	Allgemeines Vorgehen	125
2.2.2	Quantitative systematische Dokumentenanalyse	126
2.2.2.1	Datenbasis	126
2.2.2.2	Kategorienbildung	127
2.2.2.3	Materialdurchlauf und computergestützte Datenauswertung	132
2.2.3	Feldspezifische Analyse der Outcomes	133
2.3	Expert/inn/eninterviews	134
2.3.1	Ziele der Befragungen	135
2.3.2	Datenerhebung	135
2.3.2.1	Befragungsform und Interviewleitfaden	135
2.3.2.2	Auswahl der Interviewpartner/innen	136
2.3.2.3	Interviewdurchführung	137
2.3.3	Datenauswertung	138
2.4	Fallstudien	139
2.4.1	Fallauswahl	139
2.4.2	Methoden	140
2.4.2.1	Expert/inn/eninterviews	140
2.4.2.2	Teilnehmende Beobachtung	142

2.5	Diffusionsanalyse	142
2.5.1	Allgemeines Vorgehen, Ziele	142
2.5.2	Diffusionsverständnis	143
2.5.3	Konkretes Vorgehen	145
2.6	Rechtliche Beurteilung der Outcomes und Reaktionen	148
2.7	Zusammenfassung	149
3.	Kapitel: Outcomes	150
3.1	Allgemeine Übersicht über die SD-Leistungen	150
3.2	EBR-Gründungsvereinbarungen	153
3.2.1	Überblick über die Outcomes	153
3.2.2	Freiwillige EBR-Gründungen – diskriminierungsschützende Ansätze	156
3.2.3	Durchreglementierte Vereinbarungen – steigende Normqualität	158
3.2.3.1	Erweiterte gleichstellungsspezifische Partizipationsrechte	158
3.2.3.2	Chancengleiche Entscheidungsteilhabe: gute und schlechte Praxis	162
3.2.3.3	Soziale Verantwortung und qualitative Regelungsanliegen	164
3.2.3.4	Sozialstaatsadäquate Normen bei französischen Konzernen	165
3.2.3.5	Effektive Umsetzungsvorkehrungen	166
3.2.4	Fazit	167
3.3	Soziale Dialoge nach Art. 154/ 155 AEUV	168
3.3.1	Überblick über die Outcomes	168
3.3.2	Sektorübergreifende SDe – Geschlechtergleichstellung und inklusive Arbeitsmärkte	168
3.3.2.1	Europäische Mindeststandards für atypisch Beschäftigte	169
3.3.2.2	Outcomes über den Elternurlaub – Nichtdiskriminierung aufgrund familiärer Pflichten	173
3.3.2.3	Hohe Wirkungseffizienz staatlich umgesetzter sektorübergreifender SD-Normen	177
3.3.2.4	Autonom umgesetzte Outcomes – innovative Regelungsansätze und Durchsetzungsschwächen	177
3.3.3	Sektorale Soziale Dialoge – gleichstellungsbezogene Mitwirkungsrechte	182
3.3.4	Fazit	185
3.4	Substantielle EBR-Vereinbarungen – geringe Regelungsaktivität	186

3.5	Mischformen – Normkonkretisierung und Durchsetzungsschwächen	190
3.6	TCAs – normsetzende Kraft und innovative Regelungen	194
3.6.1	Allgemeine Übersicht	194
3.6.2	ILO-Kernarbeitsnormen und innovative geschützte Merkmale	196
3.6.3	Gleichstellungsgerechte Antizipation von Veränderungen	200
3.6.4	Überwindung von prekärer Beschäftigung und quantitative Themen	202
3.6.5	Sozialstaatsgemäße Ergebnisse bei französischen Konzernen	203
3.6.6	Verantwortungsbewusstsein über die Unternehmensgrenze hinaus	208
3.6.7	Mitwirkung von EBRen	210
3.6.8	Unzureichende Implementationsvorkehrungen	210
3.6.9	Leistungsstärken und -schwächen	212
3.7	Fazit	212
4.	Kapitel: Ergebnisse der Expert/inn/eninterviews	214
4.1	Zunehmende transnationale SD-Regulierung	214
4.2	Von SDen übernommene Regelungsaufgaben	215
4.2.1	Konsensuale qualitative Anliegen und Sonderinteressen	215
4.2.2	Normkonkretisierendes Potential	217
4.3	Erfüllung und Verfehlung sozialstaatlicher Ziele	218
4.4	Durchsetzungsprobleme und effektivierende Faktoren	219
4.5	Sozialstaatliche Leistungsfähigkeit Sozialer Dialoge	221
4.5.1	Positive Effekte einer staatlichen Rückkopplung	221
4.5.2	Weitere hemmende und fördernde Aspekte	223
4.5.3	Notwendigkeit staatlicher Flankierung	224
5.	Kapitel: Ergebnisse der Fallstudien	226
5.1	Fall A – gewerkschaftliche Netzwerke und engagierte Akteure	226
5.1.1	Konsensuales Thema und aktive EBR-Akteurinnen	227
5.1.2	Schwieriger Implementationsprozess	229
5.1.3	Unzureichender rechtlicher Rahmen	230
5.1.4	Förderliche Umstände	230
5.1.5	Fazit	231

5.2	Fall B – nationaler „shadow of the law“ und gemeinwohlorientierte Akteure	232
5.2.1	Initiative des Managements und überbetriebliche Anliegen	233
5.2.2	Probleme bei der Normdurchsetzung	235
5.2.3	Vereinzelte Diffusionsergebnisse	236
5.2.4	Klärungsbedürftiger Rechtsrahmen	237
5.2.5	Förderliche und hinderliche Aspekte	237
5.2.6	Fazit	238
5.3	Fall C – Imageeffekte und förderliche staatliche Unterstützung	238
5.3.1	Konsensualer Regulierungsprozess	240
5.3.2	Unterstützung durch die EU-Kommission	241
5.3.3	Aktivitäten zur Förderung der Normdiffusion	243
5.3.4	Notwendigkeit flankierender Maßnahmen?	243
5.3.5	Förderliche und hinderliche Faktoren	244
5.3.6	Fazit	244
5.4	Zusammenfassende hypothesenbezogene Bewertung	245
6.	Kapitel: Wirksame Diffusionsleistungen?	248
6.1	EBR-Gründungsvereinbarungen – mittlerer Verbreitungsgrad	248
6.1.1	Verbreitung von Normen zur chancengleichen Teilnahme im EBR in EU-„Hard Law“	248
6.1.2	Diffusion des Konzepts über Informations- und Konsultationsrechte zur Antidiskriminierung	249
6.1.3	Zwischenfazit	250
6.2	Durch Ratsbeschluss umgesetzte SD-Vereinbarungen – sozialstaatsgemäße Reaktionen	251
6.2.1	Diffusion des Diskriminierungsverbots wegen Teilzeit	251
6.2.2	Verbreitung des Diskriminierungsverbots wegen Befristung	252
6.2.3	Zwischenfazit	252
6.3	Autonom umgesetzte SD-Vereinbarungen – vereinzelte Diffusionsergebnisse	253
6.3.1	Verbreitung des Normkonzepts zu Belästigung	253
6.3.2	Rezeption der SD-Regulierung zu inklusiven Arbeitsmärkten	254
6.3.3	Diffusionsfördernde Aktivitäten	255
6.3.4	Zwischenfazit	256

6.4	Verbreitung des sektorübergreifenden SD-Aktionsrahmens zur Geschlechtergleichstellung	256
6.4.1	Diffusionseffekte im europäischen und nationalen Recht	256
6.4.2	Diffusionsfördernde Maßnahmen	258
6.4.3	Zwischenfazit	258
6.5	Mischformen und TCAs – geringe Diffusionswirkung	259
6.5.1	Verbreitung von Normkonzepten zu angemessenen Vorkehrungen	259
6.5.2	Aneignung einer innovativen positiven Maßnahme durch andere Sozialpartner	260
6.5.3	Zwischenfazit	260
6.6	Fazit: Unterschiedliche Diffusionsleistungen der SD-Formen	261
6.7	Hypothesenbezogene Bewertung	263
7.	Kapitel: Diversität und Inklusion durch transnationale Soziale Dialoge? – Ansatzpunkte und Lücken	265
7.1	Menschenwürdegerechter Schutz vor Diskriminierung und Belästigung	265
7.2	Sozialer Schutz vor Benachteiligung wegen familiärer Pflichten	266
7.3	Solidarität und Verantwortung gegenüber diskriminierten Gruppen	267
7.3.1	Positive Maßnahmen zur Gleichstellung	268
7.3.2	Inklusive Gestaltung des Arbeitsplatzes	270
7.3.3	Verantwortungsbewusstsein zur Überwindung von prekärer Beschäftigung?	270
7.3.4	Berufliche Inklusion arbeitsmarktferner Gruppen	272
7.3.5	Diskriminierungsfreie Anpassung an Veränderungsprozesse	273
7.3.6	Umsetzung der Forderung nach geschlechterbezogener Entgeltgleichheit	274
7.3.7	Verantwortung über die Unternehmensgrenze hinaus	275
7.3.8	Lücken: Mehrfachdiskriminierung, mittelbare Diskriminierung	276
7.4	Ansatzpunkte im Bereich der Demokratie	278
7.4.1	Kollektive Partizipation zur Gleichstellung	278
7.4.2	SD-Regulierung zur chancengleichen Entscheidungsteilhabe	279
7.5	Hinreichende Implementationsvorkehrungen?	280

8. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse	283	
8.1	Übernahme von Regelungsfunktionen zur Antidiskriminierung durch SDe	283
8.2	Wahrgenommene Regelungsaufgaben	284
8.3	Differierende Leistungen der SD-Formen	284
8.4	Durchsetzungsschwächen staatsferner SD-Regulierung	285
8.5	Sozialstaatliche SD-Leistungskapazität und rechtspolitische Perspektiven	286
8.5.1	Wirksamkeit des „shadow of the law“	286
8.5.2	Hemmende und fördernde Zusatzfaktoren	288
8.5.3	Erfordernis subsidiärer staatlicher Unterstützung von SDen	289

Teil C: Schlussfolgerungen 291

1.	Ambivalenter Leistungs- und Wirksamkeitswandel	291
2.	Notwendigkeit hybrider transnationaler Regulierung	292
3.	Rechtspolitische Überlegungen zu einem rechtlichen Rahmen	293
3.1	EBR-Gründungsvereinbarungen	294
3.1.1	Unvollständige Normbildungsaktivität	294
3.1.2	Stärkung des europäischen „shadow of the law“	294
3.1.2.1	Vertretung diskriminierter Gruppen	294
3.1.2.2	Kontrahierungsanreize und -zwänge	295
3.1.2.3	Stärkung der normdurchsetzenden Leistungskraft	297
3.1.3	Zusammenfassung	297
3.2	Soziale Dialoge nach Art. 154/ 155 AEUV	298
3.2.1	Leistungsschwächen	298
3.2.2	Verbesserung der Normsetzungskraft	298
3.2.2.1	Ein „optionaler Rahmen für transnationale Kollektivverhandlungen“?	299
3.2.2.2	Verankerung von Verhandlungsansprüchen und -pflichten	300
3.2.2.3	Partizipation diskriminierter Gruppen	301
3.2.2.4	Förderung ausgeglichener Verhandlungen	302
3.2.3	Flankierung autonom durchgeführter SD-Vereinbarungen	303
3.2.3.1	Lösungsansätze de lege lata	304
3.2.3.2	Ein privatautonom geschaffener Rechtsrahmen?	305
3.2.3.3	Herbeiführung einer angemessenen Durchschlagskraft	306

3.2.3.4	Vorkehrungen zur eigenverantwortlichen Normdurchsetzung	308
3.2.3.5	Beteiligung von öffentlichen Stellen und NROs	309
3.2.3.6	Formale Anforderungen, Pflichten zur Veröffentlichung und Registrierung	310
3.2.3.7	Vermeidung von Kollisionen	311
3.2.4	Zusammenfassung	311
3.3	Substantielle EBR-Vereinbarungen, Mischformen und TCAs	312
3.3.1	Erhebliche Leistungsdefizite	312
3.3.2	Initiativen für einen fakultativen EU-Rahmen	312
3.3.3	Herstellung einer angemessenen Normbildungsaktivität	314
3.3.3.1	Initiativrechte und Verhandlungszwänge	314
3.3.3.2	Mitwirkung benachteiligter Gruppen	315
3.3.3.3	Klärung der Vereinbarungsakteure	315
3.3.3.4	Förderung fairer Verhandlungsergebnisse	317
3.3.4	Stärkung der Implementations- und Diffusionskraft	317
3.3.4.1	Klärung der Rechtswirkungen	317
3.3.4.2	Rechtliche Vorkehrungen zur Normdurchsetzung	318
3.3.4.3	Formale Anforderungen, Veröffentlichung und Registrierung	319
3.3.5	Unterstützung der Stabilität und Konsistenz	320
3.3.6	Zusammenfassung	320
4.	Fazit und Ausblick	321
	Anhänge	325
	Anhang 1: Einstufung als Outcome und als Implementationsvorkehrung in der Dokumentenanalyse – Textbeispiele	325
	Anhang 2: Übersicht Expert/inn/eninterviews	328
	Anhang 3: Übersicht Expert/inn/eninterviews Fallstudien	330
	Anhang 4: Leitfäden für Interviews	331
	Anhang 5: Vorlage für einen Interviewbericht	334
	Anhang 6: Internetrecherche im Rahmen der Diffusionsanalyse	335
	Literaturverzeichnis	339
	Quellenverzeichnis der Diffusionsergebnisse	360